

Geschäftsstelle

Rehagener Straße 34
12307 Berlin (Lichtenrade)

Telefon (030) 7 44 88 72
Telefax (030) 7 44 02 18

www.hwgvl-lichtenrade.de
info@hwgv-lichtenrade.de

Herrn
Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

25. Mai 2021

**Klimapakt Deutschland
Teilweise Umlage der CO₂-Steuer auf Vermieter**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,
lieber Herr Dr. Luczak,

mit großem Erstaunen und Unverständnis haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass das Bundeskabinett beschlossen hat, dass Vermieter zukünftig 50% der seit Januar 2021 eingeführten CO₂-Steuer bei den Heizkosten für Öl bzw. Gas tragen sollen.

Bei genauerer Recherche ergab sich, dass der Kabinettsbeschluss nicht mal eine Gesetzesvorlage gewesen ist, sondern nur ein Papier namens "Klimapakt Deutschland", das viele allgemeine Ziele enthält und nur ein konkretes Ziel: 50% CO₂-Steuer zulasten der Vermieter. Keine Begründung, keine rechtliche Prüfung, keine Kosten-Nutzen-Abwägung. Einfach nur ein Satz. Macht man so neuerdings in Deutschland Politik und trifft weitreichende Entscheidungen? Wir hoffen nicht.

In der Sache halten wir die Festlegung, dass Vermieter 50 Prozent der von den Mietern verursachten CO₂-Kosten tragen müssen, als nicht akzeptabel. Vermieter haben keinen Einfluss darauf, wie viel der Mieter heizt oder wie viel Warmwasser er verbraucht. Klimaschutzpolitisch ist dieser Beschluss kontraproduktiv. Das Geld, das der Vermieter für den CO₂-Preis ausgeben muss, wird künftig für energetische Sanierungen fehlen.

Es war bei Einführung der CO₂-Steuer klar, dass die Kosten für Öl und Gas und damit auch die Heizkosten für Mieter steigen werden. Jetzt aber überrascht tun und nun den Vermietern den Schwarzen Peter zuschieben, ist vollkommen unverständlich und nur mit dem bevorstehenden Wahlkampf erklärbar.

Des Weiteren wird die Abrechnung von Heizkosten noch komplizierter und noch weniger verständlich. Ferner müssten Vermieter bei Wohnungen mit Gasetagenheizung

dem Mieter zukünftig noch Zahlungen für die anteiligen CO2-Kosten leisten. Hier wird zusätzliche Bürokratie geschaffen.

Wir erwarten, dass die CDU/CSU-Fraktion gegen dieses unsinnige Vorhaben Widerstand leistet und einem etwaigen Gesetz nicht zustimmt.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Behrend
1. Vorsitzender